

Eckpunkte für das kinder- und jugendpolitische Vorgehen

Aktuelle Meinungen verschiedener landesweit agierender Parteien zu Genderfragen

Genderfragen spielen in der Kinder- und Jugendhilfe eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Das Geschlecht und damit verbundene Zuschreibungen beeinflussen (un-)bewusst den Umgang der Fachkräfte Sozialer Arbeit mit Mädchen* und Jungen*, haben Auswirkungen auf ihr Aufwachsen und prägen sie in den subjektiven Zukunftsideen. Sollte die geschlechtliche Zuordnung z. B. aufgrund einer unklaren Geschlechteridentifikation nicht sofort gelingen, dann kommt es nicht selten zu Irritationen.

Eckpunkte für das kinder- und jugendpolitische Vorgehen in diesem Bereich werden durch landesweit agierende Politikerinnen* und Parteien gelegt. Um der genderinteressierten Fachöffentlichkeit vor den anstehenden Landtagswahlen Klarheit über politische Ansätze und Ziele im Bereich der geschlechtergerechten Kinder- und Jugendhilfe zu ermöglichen, hat das KgKJH im Juni sechs Parteien gebeten, zehn fachpolitische Fragen zu beantworten. Darin enthalten waren je zwei Fragen mit ausgewählten Aspekten in den Bereichen Gender, Mädchen*, Jungen*, Geschlechtervielfalt und Struktur. Geantwortet haben die fünf Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE, FDP und SPD. Keine Reaktion erfolgte durch die AfD. Im Folgenden werden die Antworten, alphabetisch nach den Parteien geordnet, tabellarisch dargestellt.

9. September 2015

1. Krippen und Kitas sind Orte elementarer Bildung für Jungen* und Mädchen*. Als gesellschaftliche Institutionen bilden diese Einrichtungen die Geschlechterordnung der Gesellschaft ab. Erzieher*innen leben maßgeblich Rollenbilder vor und prägen Rollenverhalten. Allerdings bleibt festzuhalten: „Bezogen auf das Geschlecht, erfolgt die Arbeit in der Kita mehrheitlich geschlechterunreflektiert.“¹

Welche Ansätze sieht Ihre Partei, eine geschlechtergerechte Pädagogik stärker in der Elementarbildung zu verankern und wie soll dabei das Thema „Männer in Kitas“ aufgegriffen werden?

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Wir setzen uns für eine assistierte Ausbildung ein, die u. a. junge Menschen in geschlechtsuntypischen Berufen sozialpädagogisch begleitet und fördert. Dies betrifft auch junge Männer, die eine Erzieherausbildung durchlaufen. Gleichzeitig wollen wir die ErzieherInnenausbildung reformieren und weiter entwickeln hin zu einer dualen Ausbildung, wodurch diese für beide Geschlechter attraktiver wird. Aber um insbesondere Männer in die Kitas zu holen, ist der Quereinstieg aus fachfremden Berufen zu erleichtern. Insbesondere Männer entwickeln oftmals erst im mittleren Alter, etwa in Folge eigener Elternschaft, ein Interesse für pädagogische Berufe. Diese berufliche Umorientierung ist zu erleichtern.</p>
<p>CDU</p>	<p>Auch wenn zwischenzeitlich mehr Männer dieses Berufsfeld für sich entdecken, sind männliche Pädagogen in Kindertagesstätten nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir möchten mehr Männer für den abwechslungsreichen und anspruchsvollen Erzieherberuf begeistern, denn die Jungen und Mädchen in den Einrichtungen profitieren von Fachkräften beiderlei Geschlechts. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass Bildung und Erziehung im Elementar- und Primarbereich von Frauen als auch von Männern gleichberechtigt verantwortet wird. Dazu braucht es eine Aufwertung des Images sozialer Berufe insgesamt, wozu auch die Frage der Entlohnung steht, ohne in die Autonomie der Sozial-/ Tarifpartner eingreifen zu wollen.</p> <p>Einen guten Ansatz bildete das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union geförderte Bundesprogramm „Männer in Kitas“ mit bundesweit 16 Modellprojekten. Das Programm endete am 31.12.2013. Die hier von den beteiligten Trägern gemachten Erfahrungen gilt es auszuwerten und zu versuchen, in regelhaftes Handeln umzusetzen.</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Das seit 2013 gesetzlich verbindliche Programm „Bildung elementar“ stellt an die pädagogischen Fachkräfte u.a. auch Anforderungen hinsichtlich geschlechtersensibler Pädagogik. Diese reichen vom Umgang mit den Kindern selbst, über die Gestaltung der Einrichtung und Auswahl der Materialien (z.B. Bücherauswahl) bis hin zur Thematisierung geschlechtergerechter pädagogischer Prozesse in Elterngesprächen und Teamsitzungen.</p>

¹ Rohmann, Tim: Gender in Kindertageseinrichtungen. Ein Überblick über den Forschungsstand, DJI 2011

DIE LINKE	<p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt fordert, dass Kindertageseinrichtungen besser in die Lage versetzt werden, den gesetzlichen und programmatischen Aufgaben auch tatsächlich nachkommen zu können. Hier mangelt es allgemein z.B. an verbindlichen Vor- und Nachbereitungszeiten und einer realistischen Berechnung der Personalschlüssel. Im Hinblick auf eine stärkere Verankerung geschlechtergerechter Pädagogik sind gezielte Fachberatung und qualifizierende Bildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher notwendig. Auch sind die Curricula der Fachschulausbildung um die Themen Gender, Vielfalt und Diversität zu ergänzen.</p> <p>Im Hinblick auf die Frage, wie es besser als bisher gelingen kann, mehr Männer für den Erzieherberuf zu gewinnen, unterstützt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt auch weiterhin bereits existierende Netzwerkstrukturen, wie den Landesarbeitskreis „Männer in Kitas“. Auch ist hier eine gezielte Ansprache von Jungen und männlichen Jugendlichen nötig, z.B. im Rahmen des Boys Day, um frühzeitiges Interesse für diesen Beruf zu wecken.</p> <p>Von zentraler Bedeutung, nicht nur für die Gewinnung männlicher Fachkräfte, ist jedoch eine Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes, insbesondere auch im Hinblick auf die erzielbaren Einkommen. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt unterstützt deshalb die Forderungen der streikenden Kita-Fachkräfte für mehr Lohngerechtigkeit. Es scheint uns auch erforderlich, in der Gesellschaft die Akzeptanz männlicher pädagogischer Fachkräfte in KiTas zu erhöhen und Vorurteile ihnen gegenüber abzubauen.</p> <p>DIE LINKE hält es für notwendig, die Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin/zum staatlich anerkannten Erzieher zu reformieren. Sie muss insgesamt für Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit einem Realschul- oder höherem Schulabschluss verkürzt werden, d.h. ihnen soll der Einstieg in diesen Beruf ermöglicht werden, ohne eine vorherige Berufsfachschulausbildung absolvieren zu müssen. Um der Fachschulausbildung den ausschließlichen Status der Weiterbildung zu nehmen, sind jedoch Initiativen auf Bundesebene notwendig. Als Übergangslösungen können sich Modellprojekte im Land anbieten, die jedoch nach Auffassung der LINKEN in Sachsen-Anhalt zwingend mit der staatlichen Anerkennung abschließen müssen.</p> <p>Ungeachtet dieser erforderlichen Reformen bleibt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bei ihrer grundsätzlichen Forderung, pädagogische Fachkräfte für KiTas künftig an Hochschulen im Rahmen eines Bachelorstudiums auszubilden. Das Ziel soll schrittweise aber konsequent verfolgt werden.</p> <p>All das sind aus Sicht der LINKEN in Sachsen-Anhalt auch Schritte, insbesondere mehr Männer für diesen Beruf zu gewinnen.</p>
-----------	---

FDP	<p>Neben einer fachlichen Aus- und Fortbildung des Personals in Kindergärten und Schulen ist es aus Sicht der Freien Demokraten wichtig, mehr Männer als Erzieher, aber auch als Grund- und Sekundarschullehrer auszubilden. Dabei ist zu diskutieren, ob das Alter eines Kindes tatsächlich als alleiniger Gradmesser für die Bezahlung der Pädagog*innen gelten kann. Sinnvoll scheint eine frühzeitige geschlechtersensible Berufsorientierung, die Jungen motiviert, in soziale Bereiche zu schauen und der verstärkte Aufruf an Schulen, Jungen zu motivieren, ihre Praktika in diesem Bereich zu absolvieren.</p>
SPD	<p>Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, Vorurteile durch gezielte Bildungs- und Aufklärungsangebote in allen Lebensbereichen zu bekämpfen, begonnen bei der frühkindlichen Bildung. Die Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen, haben sich verändert: Die Lebens- und Familienkonstellationen der Menschen in Deutschland sind vielfältig geworden. Jedes dritte Kind wird mittlerweile außerhalb von Ehen geboren. Viele Kinder leben bei Eltern, die nicht verheiratet sind, in Patchworkfamilien, bei Alleinerziehenden und immer mehr auch in Regenbogenfamilien. Daher setzen wir uns für eine altersgerechte Heranführung an die Themen Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Akzeptanz jeder Form der sexuellen Identität ein und wollen das Bildungsprogramm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ um diese Themenbereiche ergänzen bzw. sie stärker in den Vordergrund rücken. Dazu soll ein neuer Bildungsbereich aufgenommen werden, der die Gleichstellung von Frau und Mann sowie das Thema Homosexualität als Normalität aufgreift. Wir greifen damit auch den Landesparteitagsbeschluss aus dem Jahr 2011 auf.</p> <p>Eine Steigerung des Männeranteils in Kindergarten und Grundschule halten wir vor dem Hintergrund einer geschlechtersensiblen Erziehung, Bildung und Ausbildung für sehr wichtig. Daher wollen wir das Berufsfeld der frühkindlichen Erziehung stärker für Männer öffnen und ihr Berufswahlspektrum auf erzieherisch-pädagogische Berufe erweitern. Wir werden uns deshalb am ESF-Bundesmodellprogramm „Quereinstieg – Männer und Frauen in Kitas“ beteiligen. Mit dem Programm stellt das SPD-geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den Zeitraum vom 1. Juni 2015 bis zum Ende des Schuljahres 2020 insgesamt fast 34 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung. Gefördert werden Modellprojekte, die vergütete Ausbildungen von Erzieherinnen und Erziehern erproben und speziell auf Berufswechslerinnen und Berufswechsler zugeschnitten sind. Als SPD Sachsen-Anhalt unterstützen wir dieses Programm.</p> <p>Im Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt ist im Handlungsfeld „Bildung“ das Ziel einer geschlechtergerechten inhaltlichen und personellen Ausgestaltung der frühkindlichen Bildungsarbeit definiert. Bei der Erarbeitung wurde deutlich, dass eine mehrgleisige Strategie benötigt wird, um Gleichstellung und Genderkompetenz in Kindertagesstätten zu erhöhen. Ein wesentlicher Punkt ist die Selbstreflexion der ErzieherInnen in Bezug auf ihre Vorstellungen zu Geschlechterrollen.</p>

SPD	<p>Den Männeranteil in KiTas etc. zu erhöhen, kann unter anderem durch die Erhöhung der gesellschaftlichen Wertschätzung dieses Berufes erreicht werden. Erreicht werden sollen diese Ziele durch verschiedene Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Erstens, der Stärkung der Genderkompetenz beim Fachpersonal durch die Einbindung von Gendermodulen in die Ausbildung, die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern und die Einbindung von Gendermodulen im Studium der Erziehungswissenschaft inklusive Anpassung aller Richtlinien.- Zweitens, die Erhöhung des Männeranteils beim Erziehungspersonal in KiTas, Horten sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen durch Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Berufsorientierungsangebote sowie Vernetzungs- und Mentoringangebote und der Teilnahme am Modellprojekt „Quereinstieg – Männer und Frauen in die KiTas“.- Drittens, die Erhöhung der gesellschaftlichen Wertschätzung des Berufs ErzieherIn durch die finanzielle Aufwertung, indem Möglichkeiten der Vollzeitbeschäftigung erhöht werden und eine angemessene Entlohnung gesichert wird, sowie durch die Akademisierung des Berufsfelds.
-----	--

2. Obwohl es in Deutschland zurzeit 330 Ausbildungsberufe² gibt, entscheiden sich 51 % der Mädchen* und 36 % der Jungen* im Bundesland stark geschlechtertradiert für die jeweils zehn beliebtesten Ausbildungsberufe der Frauen* und der Männer*³. In der Folge sind weibliche Auszubildende in den MINT-Berufen sowie im Handwerk unterrepräsentiert, junge Männer fehlen in den Bereichen Erziehung und Pflege. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stellt darüber hinaus fest, dass Jugendliche häufig mit unklaren Berufsvorstellungen die Ausbildung beginnen und einen „Praxischock“⁴ erleiden.

Welche Ideen verfolgt Ihre Partei für eine Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen* und Jungen* bei gleichzeitigem Abbau der Geschlechterstereotypen?

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Wir unterstützen den Boys and Girls Day und wollen dessen Bedeutung ausbauen. Zur konkreten Unterstützung eines erweiterten Berufswahlspektrums werden wir uns für eine assistierte Ausbildung einsetzen, die u.a. Jungen und Mädchen in geschlechtsuntypischen Berufen begleitet und fördert. Auch im Rahmen der Berufsorientierung an Sekundarschule und Gymnasien ist verstärkt auf die breite Palette von Berufsfeldern jenseits der typischen Mädchen- und Jungenberufe aufmerksam zu machen.</p>
<p>CDU</p>	<p>Girls' Day und Boys' Day sind zwei seit Jahren bewährte und sich steigender Beliebtheit erfreuende Maßnahmen, geschlechterstereotype Bilder und Hemmschwellen aufzubrechen. Über 90 Prozent der Teilnehmenden finden den Girls' Day bzw. Boys' Day nach eigenen Angaben gut bzw. sehr gut. Auch die Unternehmen sind von den Aktionstagen überzeugt. Neben den Jungen und Mädchen ist es notwendig, die Unternehmen weiter zu sensibilisieren und den eigenen Nutzen und Mehrwert für die Erschließung neuer Personalressourcen zu sehen.</p> <p>Zunehmend befassen sich Unternehmen mit Fragen der Personalentwicklung und des Fachkräftemangels. Diese Themen werden für sie zu einer strategischen und existenziellen Frage. Daher sind wir zuversichtlich, dass sich hier im geschlechtergerechten Sinn noch einiges tun muss und wird. Dazu zählt aus unserer Sicht, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.</p> <p>Zudem sollte in den Schulen über eine neue Lern- und Lehrkultur die Akzeptanz der MINT-Fächer nachhaltig gestärkt werden und das Image dieser MINT-Fächer in der Öffentlichkeit, im Elternhaus und an den Schulen deutlich verbessert werden. Die Qualität des Bildungssystems ist wichtig, denn damit wird die Basis für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft unseres Landes geschaffen. Bildung und Berufsorientierung muss in allen Schulformen immanenter Bestandteil des Lehrplans sein. Durch Hospitationen und Praktika sowie einer intensiven Zusammenarbeit mit der Berufsvorbereitung der Arbeitsagentur in den Schulen sollten Schüler(innen) mehr über den Berufsalltag erfahren.</p>

² vgl. <http://de.statista.com/themen/57/ausbildung/>

³ vgl. http://www.bibb.de/de/pressemitteilung_25451.php#

⁴ vgl. http://doku.iab.de/regional/SAT/2014/regional_sat_0114.pdf

<p>DIE LINKE</p>	<p>Wir gehen davon aus, dass sich die Proportionen im Berufswahlverhalten von jungen Frauen und jungen Männern nicht kurzfristig und nicht durch bestimmte „Aktivitäten“ allein ändern lassen. Dennoch unterstützt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt verschiedene Ansätze, um Mädchen und junge Frauen für vermeintlich typische „Männerberufe“ zu interessieren und Jungen und jungen Männern die vermeintlichen „Frauenberufe“ näher zu bringen.</p> <p>Eine zentrale Frage sehen wir in der Durchsetzung einer angemessenen Vergütung gerade in verschiedenen Erzieherberufen und Pflegeberufen. Hier sind entscheidende Quellen für den immer noch herrschenden Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen. Verbunden mit tradierten Familien- und Lebensauffassungen sind diese Unterschiede nicht selten ein Grund dafür, dass junge Männer oft von Berufen in den Bereichen Erziehung und Pflege Abstand nehmen.</p> <p>Der Abbau von Geschlechterstereotypen ist ein langer Prozess, der in der frühkindlichen Entwicklung, in der häuslichen Umgebung wie in der Kita, einsetzen muss. Geschieht das nicht, werden nicht selten Rollenbilder ausgeprägt, die später nur schwer zu korrigieren sind. Deshalb legt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt Wert darauf, dass in den Bildungskonzeptionen für die Kita diese Fragen verankert sind und das Fachpersonal entsprechend sensibilisiert und befähigt wird, die Ziele auch umzusetzen. Dazu müssen sie mit weiteren „AkteurInnen“ im Leben der Kinder, vor allem mit den Eltern, vertrauensvoll zusammenarbeiten.</p> <p>In der schulpolitischen Arbeit unterstützen wir Konzeptionen gerade in den MINT-Fächern, die die unterschiedlichen Bildungszugänge von Mädchen und Jungen besser berücksichtigen. Das gelingt vor allem dort, wo eine differenzierte Subjektförderung den Lernstil in der Schule prägt. Voraussetzung ist allerdings, dass der MINT-Bereich überhaupt in der erforderlichen Qualität und Stundenzahl angeboten wird. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Stabilisierung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung ein und fordert u.a. auch eine deutliche Aufwertung der technischen Bildung an den Gymnasien. Praktischen Bildungsabschnitten im Bereich der allgemein bildenden Schulen wollen wir mehr Gewicht verleihen. Berufsorientierung und Berufsberatung müssen an den Schulen aller Schulformen systematisch zum Bildungsprofil gehören, auch an Gymnasien.</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt unterstützt seit Langem Werbekampagnen wie den Mädchenzukunftstag, Girls' day, und den Jungenzukunftstag, Boys' day. Wir treten dafür ein, dass auf kommunaler Ebene im Rahmen regionaler Bildungslandschaften über diese Aktionen hinaus längerfristige weitere Formen entwickelt werden, um die Berufswahl durch praktisches Erleben zu unterstützen. Das sollte in Projekte und Programme, wie BRAFO, eingebunden werden. Erfolgreich sind diese Projekte dort, wo auch die Unternehmen proaktiv um jungen Frauen bzw. junge Männer werben.</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt vertritt die Auffassung, dass die Gesamtaufgabenstellung nicht bei der erfolgten Berufs- oder Studienwahl enden darf. Familienfreundliche Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsbedingungen sowie die Berücksichtigung der</p>
------------------	---

	<p>besonderen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern in der Ausbildung wie im Erwerbsleben gehören ebenso in den Blick.</p>
FDP	<p>Um die Rollenbilder aufzubrechen und dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitgeber*innen in Sachsen-Anhalt Auszubildende finden, die die jeweils geeignetsten für den Beruf sind, müssen die Rollenbilder zunächst bei den Lehrer*innen, aber auch bei den Mitarbeiter*innen in den Arbeitsagenturen aufgebrochen werden. Solange jungen Frauen bei der Berufsberatung immer noch das Friseurhandwerk eher empfohlen wird als das KfZ-Handwerk, gestaltet sich dies schwierig.</p> <p>Eine frühzeitige Einbindung berufspraktischer Elemente in die Stundenpläne aller Sekundarschulen, die soziale wie technische Berufe Jungen wie Mädchen zugänglich machen, wäre ein erster Schritt.</p> <p>Angebote wie der Girls- und Boys-Day sind zu verstetigen.</p>
SPD	<p>Das Berufswahlverhalten junger Menschen orientiert sich noch immer stark an alten Rollenbildern und stereotypen Zuschreibungen der jeweiligen Berufe. Mit diesen Zuschreibungen geht auch einher, dass die sogenannten typischen Frauenberufe in der Regel deutlich schlechter bezahlt werden und geringere Aufstiegschancen bieten als die klassischen Männerberufe. Um einer geschlechtertradierten Berufswahl zu begegnen, scheint die bisherige Berufsberatung nicht auszureichen. Bei der Vielzahl von (Berufs-)Wahlmöglichkeiten fühlen sich viele Jugendliche alleingelassen, so dass sie sicherheitshalber auf bewährte und in vorherigen Generationen gelebte Muster zurückgreifen. Das trifft auch auf den gymnasialen Bereich zu. Hier müsste mehr, auch innerhalb des Unterrichtes geschehen; im Sinne einer rechtzeitigen und individuellen Berufsberatung. Eine reine Information über verschiedene Berufsmöglichkeiten reicht nicht aus.</p> <p>Wir wollen jungen Menschen neue vielversprechende Berufs- und Karriereperspektiven eröffnen. Wir werden daher noch stärker für den Girls' und Boys' Day als bundesweite Kampagne zur Berufsorientierung von Mädchen und Jungen werben, der regional begrenzte Einzelinitiativen bündelt und dadurch eine breitere Aufmerksamkeit generiert. Wir wollen Mädchen und junge Frauen bereits in Kita und Grundschule stärker für die sog. MINT-Fächer interessieren und unterstützen daher Initiativen wie das „Haus der kleinen Forscher“, etc. Dabei kommt nicht zuletzt den Agenturen für Arbeit eine große Verantwortung zu. Mit Blick auf das unterschiedliche Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen gilt es hier die Instrumente zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Zu oft sind auch die Berufsinformationszentren und die dortigen Berufsberatungen noch in alten Geschlechterbildern verhaftet. Diese gilt es aufzubrechen, um Mädchen und Jungen gleichermaßen die gesamte Bandbreite der Berufsmöglichkeiten zugänglich zu machen. Außerdem soll die Geschlechterperspektive noch stärker bei Programmen zur Gestaltung des Übergangs zur beruflichen Ausbildung und dem Abbau der Zahl der SchulabbrecherInnen berücksichtigt werden.</p>

3. Frauen* sind in politischen Wahlämtern und Führungspositionen in unserem Bundesland unterrepräsentiert. So sind z.B. unter den Landtagsabgeordneten Frauen* nur mit 32 % vertreten und in den Kreistagen und Stadträten beträgt ihr Anteil zwischen 16,8 und 29,3 %⁵. Als Grund angeführt wird nicht selten das fehlende politische Interesse bei Mädchen*. Das Interesse der jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren an politischen Themen ist angestiegen. Interessant ist, dass dieser Anstieg maßgeblich auf die mittleren und gehobenen Schichten und die jüngeren und weiblichen Jugendlichen zurückzuführen ist. Obwohl das Interesse bei den weiblichen Jugendlichen etwas mehr gestiegen ist als bei den männlichen, gibt es noch einen deutlichen Geschlechtsunterschied: 42 % der Jungen* und jungen Männer* interessieren sich für Politik, aber nur 31 % der Mädchen* und jungen Frauen*⁶.

Welche Schritte erwägt Ihre Partei, um das politische Interesse bei Mädchen* nicht nur zu halten, sondern auszubauen und welche Möglichkeiten der politischen Partizipation für Mädchen* und junge Frauen* können geschaffen werden?

Bündnis90/ Die Grünen	Wir wollen politische Beteiligungsmöglichkeiten wie Jugendgremien und kommunale Beteiligungsverpflichtungen ins Leben rufen, die geschlechtersensibel jungen Menschen politische Partizipation ermöglichen. Gleichzeitig sprechen wir uns für das Wahlalter 14 aus, um sowohl das politische Interesse von Jungen und Mädchen zu wecken und zu halten.
CDU	<p>Unter den Jugendlichen in Deutschland ist das Interesse an Politik europaweit am höchsten. Wie die Ergebnisse der „EUYOUPART“ –Studie belegen, beschäftigt sich die Mehrzahl der jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren regelmäßig mit dem politischen Geschehen. Damit liegen deutsche Jugendliche deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 37 Prozent. Diese Zahl ist ein gutes Zeichen für die politische Kultur und die politische Bildung in unserem Land. Zugleich müssen die Anstrengungen fortgesetzt werden, in Zukunft das Interesse der Jugendlichen an unserem demokratischen Staatswesen wach-zuhalten und noch zu erhöhen. Wie die „EUYOUPART“ –Studie zeigt, beteiligen sich Jugendliche vor allem dann politisch, wenn sie eine Chance sehen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Die JU-Mitgliederzahlen bestätigen auch für Sachsen-Anhalt, dass sich junge Menschen für Politik begeistern lassen. Deswegen wird sich auch die Junge Union Sachsen-Anhalt, die mit über 700 Mitgliedern die größte politische Jugendorganisation des Lande Sachsen-Anhalts ist, auch in Zukunft für eine stärkere Wahrnehmung der Interessen junger Menschen einsetzen.</p> <p>Weiterhin unterstützen wir das Programm „Demokratie stärken – Du bist Politik!“ der Landeszentrale für politische Bildung, für das der Landtag von Sachsen-Anhalt mit einem einstimmigen Beschluss 1,9 Millionen Euro für die Jahre 2015/16 zur Verfügung</p>

⁵ Vgl. http://www.mj.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MJ/MJ/Frauenimpulse/Landesprogramm_Druckfassung.pdf

⁶ Vgl. http://geschlechtergerechtejugendhilfe.de/downloads/Partizipation_Veroeffentlichung_3_2012_FINAL_NACHKorrektur.pdf

CDU	<p>gestellt hat. Bis zum 31.12.2016 wird das Programm, das zur Stärkung der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger im Land Sachsen-Anhalt beitragen soll, laufen. Ziele des Programms sind unter anderem die Steigerung der Wahlbeteiligung, ein höheres Interesse an Politik und die Stärkung von politischer Teilhabe im Alltag. Die Kampagne richtet sich sowohl an Nichtwählerinnen und Nichtwähler als auch an Jung- und Erstwähler.</p>
DIE LINKE	<p>Gleichstellungspolitik ist für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt vor allem eine Frage der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Diese besteht sowohl in der Anfechtung von klar fixierten männlichen und weiblichen sozialen Rollen als auch im Eintreten für die gleiche Teilhabe von Frauen, Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen und ihren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt.</p> <p>Gleichstellung ist deshalb vielschichtig und für uns im politischen Alltag eine Querschnittsaufgabe. Das erfordert, dass alle politischen Entscheidungen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft und entsprechende Maßnahmen und Konsequenzen ergriffen werden müssen. Das bedeutet auch, für eine angemessene Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien der Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur einzutreten.</p> <p>Die LINKE hat in ihrer Satzung festgeschrieben, dass „die politische Willensbildung von Frauen in der Partei aktiv zu fördern ist. Es ist Ziel der Partei, dass Frauen weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden.... Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen.... Bei der Aufstellung von WahlbewerberInnen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. Abgeordnetengruppe hinzuwirken.“</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bekennt sich zur Quotierung in allen Führungsebenen und Aufsichtsräten. Eine Mindestquotierung aller politischen Mandate und öffentlichen Ämter von 50 Prozent ist anzustreben. Die Einführung einer 50 Prozent-Quote in der Landesverwaltung ist schrittweise umzusetzen. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt strebt eine mit Männern und Frauen paritätisch besetzte Landesregierung an.</p> <p>Um eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe von Frauen und Männern in der repräsentativen Demokratie zu garantieren, beabsichtigt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, die Möglichkeit der Verabschiedung eines „Parité Gesetzes“ für Sachsen-Anhalt ähnlich dem französischen Vorbild zur Ermöglichung von Quotenregelungen in Wahlgesetzen und geschlechterparitätischen Besetzungen von KandidatInnenlisten prüfen zu lassen.</p> <p>Jedes Jahr beteiligt sich die Partei bzw. die Landtagsfraktion DIE LINKE am bundesweiten Girls‘ und Boys‘ day und öffnet ihre Türen für interessierte Mädchen und Jungen. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gibt ihnen so Gelegenheit, die konkrete Arbeit von PolitikerInnen und MitarbeiterInnen hautnah kennenzulernen und ihre Fragen zu stellen. Wir wollen damit politisches Interesse wecken und darüber informieren, wie</p>

DIE LINKE	<p>Politik funktioniert. Das ist eine gute und auch notwendige Tradition, da Politik immer noch ein Feld ist, das hauptsächlich von Männern bestimmt wird. DIE LINKE will genau das ändern.</p> <p>Ferner will DIE LINKE in Sachsen-Anhalt durch entsprechende Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen politisches Interesse wecken und zu mehr politischem Engagement aufrufen.</p> <p>Konstitutiver Bestandteil der Jugendverbandsarbeit der LINKEN ist u. a. auch die politische Partizipation von Mädchen und jungen Frauen.</p> <p>Der Jugendverband der LINKEN trägt somit dazu bei, die gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Partizipation weiter zu unterstützen und zu fördern sowie Möglichkeiten und Wege für eine jugendpolitische Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen zu eröffnen.</p> <p>Gerade auch die Arbeit des Jugendverbandes ist es, die die Partei DIE LINKE immer wieder aufs Neue dazu bringt, sich mit alltäglichen Arbeitsabläufen und der Organisationsstruktur und -kultur ehrenamtlicher Arbeit auseinanderzusetzen und zu hinterfragen. Die bestmöglichen Partizipationschancen für alle stehen dabei stets im Mittelpunkt. Besonders die Interessen von Frauen und die ggf. notwendigen praktischen Veränderungen, wie z.B. bedürfnisgerechte Terminierung von Sitzungszeiten, Schaffung von Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, Anpassung und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, aber auch eine grundsätzliche Erweiterung der Vorstellung politischer Arbeit, spielen dabei eine wichtige Rolle, so dass jede und jeder die Möglichkeit findet, sich so einzubringen, wie sie/ er es möchte.</p>
FDP	<p>Die geringe Präsenz von Frauen in der Politik ist weniger auf das Interesse bei Mädchen zurückzuführen, sondern auf die nach wie vor unterschiedliche zeitliche Belastung in der Lebensphase, in der Menschen sich für ein politisches Engagement entscheiden. Der Präsenz in einem Wahlamt geht zumeist eine längere Phase kontinuierlichen politischen Engagements voraus. Dies mit einer beruflichen Karriere und dem Familienleben in Einklang zu bringen, fällt Männern noch immer leichter als Frauen.</p> <p>Mädchen sollten schon in der Schule motiviert werden, sich aktiv einzubringen. Eine Möglichkeit wäre der Versuch der paritätischen Besetzung der Klassensprecher*innen, Schulsprecher*innen etc.</p>
SPD	<p>Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion wurde bei der Landeszentrale für politische Bildung das Programm „Demokratie stärken – Du bist Politik!“ eingerichtet. Dieses - vorerst bis zum 31.12.2016 eingerichtete Programm - soll zur Stärkung der demokratischen Teilhabe der BürgerInnen im Land Sachsen-Anhalt beitragen. Die Steigerung der Wahlbeteiligung und ein höheres Interesse an Politik sowie die Stärkung von politischer Teilhabe im Alltag ist Ziel dieser Kampagne, welche sich besonders an Jung- und ErstwählerInnen richtet.</p>

<p>SPD</p>	<p>Den – im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung – unterrepräsentierten Anteil von Frauen im Landtag, wie auch in den kommunalen Vertretungen, sehen wir ebenfalls kritisch. Eine Möglichkeit dies zu ändern wäre eine paritätische Besetzung von Kandidierenden-Listen. Hierfür wäre ein mit der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt konformes Paritégesetz notwendig. Innerhalb der SPD Sachsen-Anhalt wird eine solche Möglichkeit diskutiert.</p> <p>Das Thema Partizipation wird in verschiedenen Handlungsfeldern des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt aufgegriffen. So ist im Bereich der frühkindlichen Bildung die frühe Förderung der aktiven Partizipation an Entscheidungen zur Unterstützung späterer politischer Partizipation und demokratischen Verhaltens verankert. Die Partizipation gehört zu den sieben Leitgedanken des Bildungsprogramms für Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar“ und ist auch im § 7 des KiFöG geregelt. Die Konzeptionen der Kindertageseinrichtungen und der Träger sind grundsätzlich auf die Prinzipien der Selbstbestimmung und Teilhabe auszurichten und in der Praxis anzuwenden. Darüber hinaus ist Partizipation in der frühen Kindheit Bestandteil der Fortbildung der ErzieherInnen sowie des Bachelor-Studienganges für Führungskräfte der Kinderbetreuung der Hochschule Magdeburg-Stendal.</p> <p>Im Bereich des Ehrenamts gibt es im Landesprogramm explizit auf Mädchen ausgerichtete Maßnahmen, die auf eine aktive und ausgewogene Beteiligung von Mädchen und Jungen ausgerichtete Beteiligung an Entscheidungsprozessen abzielt. So soll die Erstellung eines jugendpolitischen Programms unterstützt werden, in welchem auch gleichstellungspolitische Belange Berücksichtigung finden.</p> <p>Eine Vielzahl von Maßnahmen des Landesprogramms soll zur Erhöhung des Frauenanteils in der Kommunal- und Landespolitik beitragen. Diese Maßnahmen haben insofern großen Einfluss auf die politische Partizipation von Mädchen, als dass hierdurch die derzeit manifestierte Männerdominanz durch gewachsene Strukturen aufgebrochen wird und weiblichen Nachfolgerinnen leichter Zugang zu Gremien verschafft wird. Auch die Bedeutung weiblicher „role models“ sollte in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden.</p>
------------	--

4. Allgemein bekannt ist die Tatsache, dass sich das frühzeitige Verlassen der Schule ohne Abschluss negativ auf die Zukunftsperspektiven von weiblichen und männlichen Jugendlichen auswirkt. Länderübergreifend werden Strategien entwickelt, um Risikofaktoren frühzeitig zu erkennen und Abbrüche zu vermeiden. So sinkt der Anteil der Schulabgänger*innen unterhalb des Hauptschulabschlusses langsam, aber stetig. Auffällig ist dabei, dass der Anteil der Mädchen* unter den Abbrecher*innen von 3,8 % auf 4,8 % gestiegen ist und der der Jungen von 8,7 % auf 7,5 % gesunken ist. Zwar stellen die Jungen* mit ca. 60 % somit noch immer den Großteil der Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss, allerdings „holen die Mädchen nach und nach auf“⁷.

Welche Strategien verfolgt Ihre Partei, um die Schulabbrüche auch bei Mädchen* zu senken bzw. ihren weiteren Anstieg zu verhindern?

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Die Anzahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher ist in Sachsen-Anhalt sehr hoch. Geschlechtergerechtigkeit ist für uns GRÜNE ein besonderes Anliegen. Daher setzen wir uns für die Umsetzung einer geschlechtergerechten Politik auf allen Ebenen der Gesellschaft ein. Dies betrifft ebenfalls den schulischen Bereich. Aus unserer Sicht braucht eine gute Schule gute Lehrerinnen und Lehrer. Sie tragen zum Erfolg der Schülerinnen und Schüler bei. Daher ist neben guten Betreuungsmöglichkeiten an den Schulen bereits eine gute pädagogische, psychologische und didaktische Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern von zentraler Bedeutung.</p>
<p>CDU</p>	<p>Jeder Schulabbrecher, gleich ob weiblichen oder männlichen Geschlechts, ist einer zu viel. Unsere Anstrengungen sind in beide geschlechtsbezogenen Richtungen zu lenken. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, auch nur einen Jugendlichen zurückzulassen. Wir brauchen eine frühzeitige Förderung in den Schulen und ein Schulsystem, das motiviert und leistungsschwächere Schüler(innen) integriert, statt vorzeitig segregiert. Jugendliche brauchen verlässliche Perspektiven für eine qualifizierte Berufsausbildung. Sie müssen wissen, wohin es führt und wofür es sich zu engagieren lohnt.</p> <p>Dafür eignen sich vor allem Schulkonzepte, die praktisches Lernen in den Vordergrund stellen sowie Angebote von Praktikumstagen, Lerncamps und Sommerschulen. Besonderen Wert legen wir auf das sichere Beherrschen der Basisfähigkeiten Rechnen, Lesen, Schreiben, Umgang mit Computern und Informationstechnologie und die Entwicklung einer grundsätzlichen Leistungsbereitschaft und von Sozialkompetenz.</p> <p>Über die vielfältigen Angebote zum Nachholen von Schulabschlüssen, berufsvorbereitenden Bildungsgängen und Berufseinstiegsklassen müssen die Betroffenen in geeigneter Weise informiert und zu einer Inanspruchnahme motiviert werden. In den Kommunen, wie zum Beispiel ehemalige Lehrer, aber auch viele andere, die über einen großen Erfahrungsschatz verfügen, wollen wir einladen, Kindern</p>

⁷ Vgl. https://www.schulerfolg-sichern.de/uploads/media/Olk-Speck-Stempel_Endbericht_Wiss._Begleitung_ESF-Programm_11-2012.pdf, S. 33/34

CDU	und Jugendlichen während der Schulzeit praktisch zur Seite zu stehen und ihre Neugierde zu fördern und Ermutigung zu geben.
DIE LINKE	<p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt stimmt der Einschätzung von Olk, Speck und Stimpel in ihrem Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum ESF-Programm zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs (Halle/Saale, Oldenburg 2012), auf den Sie sich in Ihrer Frage beziehen, zu, wonach der Bildungserfolg eng mit Hintergrundvariablen wie Migrationshintergrund und Geschlecht verbunden ist. Die von den Autoren daraus abgeleitete Forderung, vor allem die SchulsozialarbeiterInnen für die komplexen Prozesse kultur- und geschlechtsspezifischer Zugänge zu Bildung sowie für die daraus folgenden gruppenspezifischen Unterstützungsbedarfe zu sensibilisieren und zu qualifizieren, unterstützen wir ausdrücklich (siehe ebenda, Seite 112/113).</p> <p>Dies umso mehr, da offenbar ein Spannungsfeld zwischen der konzeptionellen Verankerung von gender mainstreaming bei den Projektkonzepten der bedarfsorientierten Schulsozialarbeit und den tatsächlichen Angeboten der SchulsozialarbeiterInnen zur „geschlechtsspezifischen Arbeit“ besteht. Während diese Angebote nach Olk, Speck und Stimpel auf relativ niedrigem Niveau verharren (2010: 11% der Angebote, 2012 18%, siehe ebenda Seite 70/71), waren entsprechend der Antwort der Landesregierung auf eine diesbezügliche Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE (vorliegend in Drucksache 6/1659, Antwort auf Frage IV.2.) in 224 von 226 Projektkonzeptionen der bedarfsorientierten Schulsozialarbeit geschlechtsspezifische Ansätze vorhanden (lediglich zwei Projektkonzepte im Landkreis Börde – beide im Grundschulbereich – enthielten sie nicht).</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ist der Auffassung, dass die Geschlechtsspezifika beim Bildungszugang nicht allein Gegenstand der Schulsozialarbeit sein dürfen. Sie müssen von allen AkteurInnen der Bildungs- und Lernprozesse berücksichtigt werden und sind in vielfältiger Form mit dem gesamten gesellschaftlichen Kontext der Kinder und Jugendlichen verknüpft.</p> <p>In der bildungspolitischen Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Landtag und bei den bildungspolitischen Konzepten der LINKEN in Sachsen-Anhalt nehmen der geschlechterspezifische Zugang zu Bildung, der Abbau von geschlechterbezogener Diskriminierung und geschlechterorientierter Nachteilsausgleich zentrale Stellungen ein.</p> <p>Hinsichtlich der Schulabbrüche bei Mädchen verweisen wir zunächst darauf, dass die einschlägigen Statistiken auch bei den Mädchen eine sinkende Zahl aufweisen, allerdings sinkt die Zahl bei den Jungen stärker, was zu einem erhöhten Anteil von Mädchen bei den Schulabbrüchen führt.</p> <p>Wir warnen davor, die Statistiken über den Erfolg von Jungen und Mädchen an allgemein bildenden Schulen sehr „verkürzt“ zu betrachten. Sie sind immer Summen sehr differenzierter und komplexer Hintergründe und nur ein Ausschnitt aus der gesamten Bildungsbiographie.</p>

DIE LINKE	<ul style="list-style-type: none"> - Im Grunde geht es um die Entwicklung subjektorientierter Bildungskonzepte, kurzfristigen Aktionismus in die eine oder andere Richtung halten wir nicht für zielführend. In diesem Sinne wird DIE LINKE in Sachsen-Anhalt sich für die Stärkung und den Ausbau von Gemeinschaftsschulen einsetzen, zu deren konstituierenden Elementen die Binnendifferenzierung, die individuelle Förderung, also ein inklusiver pädagogischer Ansatz zählen. - Einen Schwerpunkt sehen wir in der Verbesserung der Qualifizierung der Lehrkräfte und weiteren pädagogischen Fachkräften vor allem in Fortbildungsangeboten, die eng mit den konkreten Prozessen und Entwicklungen in den Schulen selbst verbunden und sehr praxisnah konzipiert sind. - Darüber hinaus werden wir prüfen, ob die vor allem auf eine höhere Praxisverbindung orientierten Lernformen wie z. B. das produktive Lernen, die messbare Ergebnisse bei der Erlangung von Schulabschlüssen zeitigen, unter Umständen stärker bei Jungen als bei Mädchen wirken. Auf der Grundlage solcher Analysen werden wir die Qualifizierung und ggf. Erweiterung solcher Angebote anregen. - Zu berücksichtigen ist in diesem Kontext auch, dass nach einer Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen die Lern- und Bildungsmotivation bei einer signifikanten Gruppe von Jugendlichen in den letzten Jahren und im Verlauf des Schulbesuchs abnimmt. Dafür sind mannigfaltige, weit über die Schule hinausreichende soziale Entwicklungen maßgebend. Auch hier kann eine Geschlechterspezifika angenommen werden. Insofern ist nicht auszuschließen, dass negative Entwicklungen bei den von Mädchen erwarteten und tatsächlich erlebten Chancen für gesellschaftliche Teilhabe und Karrieren auf den Bildungserfolg durchschlagen und diese Entwicklungen für Jungen wieder günstiger erscheinen. <p>Deshalb bleibt für die Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt der Einsatz für Chancengleichheit, gute Entlohnung und attraktive Karrierewege in der Arbeitswelt sowie für demokratische Teilhabe an Kultur, Bildung, Information, Politik und sozialer Entwicklung auch in dem hier gefragten Kontext eine zentrale Aufgabe, die für uns nach wie vor mit der Überwindung von Benachteiligungen für Frauen verbunden ist.</p>
FDP	<p>In den zurückliegenden Jahren standen Jungen als Schulabbrecher im Fokus der Bildungspolitik. Dies hat offensichtlich dazu geführt, dass mehr Jungen mit entsprechender Unterstützung einen Schulabschluss gemacht haben. Warum gleichzeitig der Anteil bei den Mädchen steigt, wäre zu untersuchen. Zu klären wäre auch, welche Auswirkungen die positiven Aussichten auf einen Ausbildungsplatz auf den Schulerfolg bei Jungen und Mädchen haben.</p>
SPD	<p>Der Schulabbruch ist ein komplexes Phänomen, dem nicht mit einfachen Antworten begegnet werden kann. Er wirkt sich auf das ganze Leben der Betroffenen aus und verringert ihre Chancen, auf sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Ebene an der Gesellschaft teilzuhaben. SchulabbrecherInnen sind stärker von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Dabei darf der enge Zusammenhang zur beruflichen Orientierung nicht aus</p>

SPD	<p>den Augen verloren werden. So ist die mangelnde Aussicht auf einen Ausbildungsplatz häufig ein Grund für höhere Schulabbrecherquoten.</p> <p>Zur Bekämpfung des Schulabbruchs gilt es, die besonders gefährdeten Gruppen gesondert in den Blick zu nehmen und zu unterstützen. Das sind vor allem die Menschen, die aus schlechteren sozioökonomischen Verhältnissen und benachteiligten Gruppen stammen, wie z. B. Jugendliche, die mit der öffentlichen Fürsorge aufgewachsen sind, Personen mit sonstigen besonderen pädagogischen Bedürfnissen und junge Menschen mit Migrationshintergrund.</p>
-----	---

5. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung wird selbstverletzendes Verhalten bei Jungen* weitestgehend tabuisiert⁸. Selbstverletzendes Verhalten wird zur Lösungsstrategie einer zunehmenden Handlungsunmächtigkeit von Jungen* in der Gesellschaft. Diese wird insbesondere ausgelöst durch zunehmende Rollenkonflikte und Leistungsdruck.

Welche Möglichkeiten der Enttabuisierung sehen Sie, welche Angebote erachten Sie als notwendig?

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Gleiche Rechte und Pflichten werden wir nur dann erreichen, wenn auch Männer als Akteure für Gleichberechtigung stärker in den Blick genommen werden. Immer mehr Männer erkennen, dass traditionelle Männerrollen auch negative Seiten für sie haben, und wollen zum Beispiel nicht mehr nur Alleinverdiener oder Haupternährer der Familie sein.</p> <p>Grüne Politik ist feministisch und emanzipatorisch, sie löst Geschlechterrollen auf und erlaubt allen Menschen mehr individuelle Gestaltungsfreiheit. Damit kommt Bewegung in die geschlechterpolitische Debatte. Dazu ist es nötig, Männer, Jungen und Väter darin zu unterstützen, sich in gleichstellungspolitischen Anliegen besser zu vernetzen. Sie sind Partner bei der Umsetzung von Gleichstellung. Ihre Anliegen und Bedürfnisse sollen in der geschlechterpolitischen Debatte ihren eigenen Raum finden. Wir wollen Männer unterstützen, neue Wege zu gehen und auch vermehrt Berufe, die klassisch mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, wie z. B. im pädagogischen Bereich und der sogenannten Care-Arbeit, zu ergreifen. Etwa die Vereinbarkeit von Lebens- und Arbeitswelt ist auch ein Thema für Männer.</p>
<p>CDU</p>	<p>Gegen Tabuisierung hilft Thematisierung und Aufklärung. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen, aber auch kommunalen Beauftragtenstellen (Diversity), Eltern, Schulen und auf Genderfragen spezialisierte Träger sowie das Kompetenzzentrum können hier wichtige Beiträge leisten.</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Politik benötigt Wissen, Expertise und Beratung, um unterstützende Maßnahmen anbieten und gegen bestehende gesellschaftliche Tabus vorgehen zu können. Dazu sind der Kontakt und ein vertrauensvolles Verhältnis auf Augenhöhe zwischen den politisch Verantwortlichen und den Expertinnen und Experten aus verschiedensten Bereichen unerlässlich. Dafür setzt sich DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ein.</p> <p>Die Ergebnisse der Genderforschung haben wichtige Beiträge zur Entwicklung konkreter politischer Ziele und Handlungsansätze geliefert. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt sieht deshalb eine Möglichkeit zur Enttabuisierung beizutragen darin, die Genderforschung weiterhin zu unterstützen. Dazu zählt auch insbesondere im Bereich der Kinder und Jugendlichen das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe, das in der Vergangenheit wertvolle Studien erarbeitet hat. Aus diesen Erkenntnissen konkrete Maßnahmen abzuleiten, ist Aufgabe der Politik – insbesondere auch im Hinblick auf selbstverletzendes Verhalten bei Jungen. Dies kann jedoch nach</p>

⁸ Friebel, Harry: Selbstverletzendes Verhalten von Jungs und Männlichkeitskonstruktion – Diskussionspapier Juni 2014

DIE LINKE	Auffassung der LINKEN in Sachsen-Anhalt nur gelingen, wenn die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe verstanden wird, die in allen Ressorts Beachtung findet.
FDP	Jungen scheinen zunehmend unter Druck zu stehen. Tradierte Rollenbilder plädieren auf Stärke und Familienverantwortung, moderne Rollenbilder auf gleichberechtigte Partnerschaft. Sie sollen sich gesellschaftlich anpassen und Leistung bringen und werden gleichzeitig für ihr Machogehabe kritisiert. Jugendhilfe und Schule müssen Jungen die Vielfältigkeit von männlichen Lebensmodellen aufzeigen, dazu bedarf es Unterstützung durch eine reflektierte Jungenarbeit. Die Freien Demokraten setzen sich für vielfältige Lebensentwürfe von Mädchen und Jungen sowie deren gesellschaftliche Akzeptanz ein.
SPD	<p>Das Selbstverletzende Verhalten (SVV) ist ein ernstzunehmendes Zeichen dafür, dass die Betroffenen mit einer Belastung nicht anders umzugehen wissen. Den Betroffenen stehen oft keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung, um mit der Konfliktsituation auf eine andere Art und Weise umgehen zu können. Außerhalb der Familie sind SchulsozialarbeiterInnen und VertrauenslehrerInnen die besten AnsprechpartnerInnen für die Betroffenen. Eine Möglichkeit das Thema Selbstverletzendes Verhalten zu enttabuisieren, wäre eine umfassende Aufklärung an Schulen und Jugendeinrichtungen. Gleichzeitig ist es wichtig, Vereine, Verbände und Projekte wie "ProMann" zu unterstützen. ProMann ist eine Beratungsstelle für Jungen und Männer. Ziel ist, dass sich männliche Personen mit ihren Unsicherheiten, Krisen und Konflikten auseinandersetzen. Die Sozialpädagogen, Erziehungswissenschaftler und Erzieher haben psychotherapeutische Zusatzqualifikationen, um Jungen und Männern quasi den Zugang zu sich selbst zu öffnen und die Bewältigung verschiedenster Probleme konstruktiv zu begleiten.</p> <p>Über Projekte wird die Koordination der Jungenarbeit im Land vorangetrieben.</p> <p>Fortbildungsveranstaltungen für PädagogInnen und SozialarbeiterInnen sowohl im schulischen als auch im Kinder- und Jugendhilfebereich sind enorm wichtig, um den Jungen in der ihnen eigenen Art und Weise der Bewältigung von Problemen und Konflikten beratend zur Seite zu stehen und ihnen deutlich zu machen, dass es der Männlichkeit keinen Abbruch tut, sich und anderen Problemlagen zuzugestehen.</p>

6. Die demografische Entwicklung im ländlichen Raum stellt die Kinder- und Jugendhilfe vor besondere Herausforderungen. Schlechte Mobilitätsbedingungen und eine schwindende Infrastruktur lassen den ländlichen Raum zunehmend als Lebensort unattraktiv erscheinen. Die besser qualifizierten Jugendlichen, insbesondere die Mädchen*, wandern ab. Zurück bleiben Jungen* aus bildungsfernen und benachteiligten Sozialstrukturen⁹, die allerdings bei gezielter Förderung als Nachwuchskräfte für Sachsen-Anhalt zu gewinnen wären¹⁰.

Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um Jungen* im ländlichen Raum nachhaltig zu stärken und Jungen*arbeit strukturell zu verankern?

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Zur Sicherung der Jugendarbeit, insbesondere in ländlichen Regionen, wollen wir die Verteilung der Gelder für die Kinder- und Jugendförderung auch an einen Flächenfaktor knüpfen. Ansonsten werden die Flächenkreise im Laufe der Zeit ihre Strukturen der Jugendarbeit nicht aufrechterhalten können. Und die Region wird zunehmend unattraktiv für junge Menschen. Dieser negativen Spirale ist vorzubeugen, daher müssen die Gelder nicht einzig nach Anzahl der jungen Menschen pro Landkreis, sondern auch abhängig von der Größe des Landkreises verteilt werden. Wir setzen uns für die stärkere Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ein, insbesondere auch von jungen Menschen bspw. durch gezielte Freistellungsregelungen und die Überlegung, einen Nachmittag für ehrenamtliches Engagement auch schulformübergreifend freizuhalten.</p>
<p>CDU</p>	<p>Für die Kinder- und Jugendarbeit haben sich die zweckgebundene, kommunalisierte Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm bewährt. Zur Verstetigung dieser Angebote haben wir die Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm gesetzlich in einem gemeinsamen Programm zusammengeführt und die verbindliche Mitfinanzierung der örtlichen Träger der Jugendhilfe darin verankert. Die freien Träger leisten im Land hervorragende Arbeit und erbringen oftmals in der Ehrenamtlichkeit eine Leistung, die für die Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung unseres Landes von enormer Bedeutung ist. Der Jugendschutz und die Präventionsarbeit spielen ebenfalls eine wichtige Rolle und werden mit einer Reihe von Projekten unterstützt. All dies wollen und werden wir auch zukünftig fortführen und unterstützen.</p> <p>Darüber hinaus muss die Feststellung einer „schwindenden Infrastruktur“ zumindest für die Bereiche des Straßenverkehrsnetzes sowie den Ausbau des Breitbandinternets zurückgewiesen werden. Die Länge des Netzes aus den für die Erschließung ländlicher Räume wesentlichen Landes- und Kreisstraßen in Sachsen-Anhalt ist heute nicht geringer als noch vor fünf Jahren. Beim Breitbandausbau ist der Anteil der Haushalte, die über einen Internet-anschluss von 16Mbit/s oder mehr verfügen, von 37 auf 65 Prozent gestiegen. Auch im ländlichen Raum ist inzwischen für rund jeden zweiten</p>

⁹ S. z.B. : „Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum“- Dokumentation zum Fachtag 11/2009; Kinder- & Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.

¹⁰ Kieselbach, Thomas (Hrsg.): „Arbeitslosigkeit, soziale Exklusion und Gesundheit: Zur Notwendigkeit eines sozialen Geleitschutzes in beruflichen Transitionen in Gesundheit“ in „Dokumentation 12. Bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit“, Berlin 2007

<p>CDU</p>	<p>Haushalt ein entsprechender Anschluss verfügbar. Diese Zahlen steigen weiter.</p> <p>Richtig ist ein Rückgang der Länge des Schienennetzes der DB Netz AG um rund 90 km auf jetzt noch rund 1.900 km in den vergangenen fünf Jahren. Hierfür wurden entsprechende Busersatzkonzepte entwickelt.</p> <p>Es ist wichtig, Maßnahmen zur Stärkung des „Wir“ – Gefühls im ländlichen Raum zu unterstützen.</p> <p>Zur Verbesserung der Mobilität junger Menschen haben wir beispielsweise den Erwerb des Mopedführerscheins bereits mit 15 Jahren ermöglicht. Wir wollen, dass neben Thüringen und Sachsen auch die übrigen Nachbarländer Sachsen-Anhalts diesem Projekt beitreten. In sozialpädagogischer Hinsicht geht es darum, i.Ü. nicht nur bei der Jugendarbeit, statt die Problembeschreibung mit allgemeinen gesellschaftlichen Problemlagen zu verknüpfen, den Einzelnen und dessen jeweiligen Potenziale in den Blick zu nehmen. Hier kann die Politik einen entsprechenden Rahmen setzen und somit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Mädchen und Jungen sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln können (vgl. § 1 SGB VIII). Dazu gehört für uns insbesondere auch eine auskömmliche Finanzierung hierfür zuständiger Einrichtungen.</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt sich zum Ziel, nicht nur die Folgen, sondern auch die Ursachen der beschriebenen Entwicklung zu benennen und zum Gegenstand politischen Handelns zu machen. Insbesondere der ländliche Raum benötigt eine neue Schwerpunktsetzung und mehr Aufmerksamkeit seitens der Landespolitik. Barrierefreie Mobilität für Alle und ein Stopp des Abbaus öffentlicher Daseinsvorsorge sind Grundpfeiler der Lebensqualität für Menschen im ländlichen Raum.</p> <p>Nicht nur im Sinne eines starken ÖPNV muss jungen Menschen Mobilität ermöglicht werden. Ein Wegzug gut qualifizierter Jugendlicher in urbane Zentren aufgrund in der Regel besserer beruflicher Perspektiven ist eine natürliche Entwicklung. Dennoch sollen ländliche Regionen als Räume hoher Lebensqualität begriffen, gezielt gefördert und entsprechend beworben werden, um auch Hochqualifizierte anzusprechen. Das wird nur gelingen mit einer an den Spezifika dieser Räume orientierten wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen und forstlichen Entwicklung. Die Einheit von attraktiven Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Perspektiven kann zum „Haltefaktor“ auch für junge Leute werden.</p> <p>Ein Fokus auf wirtschaftliche Potentiale, zu den neben den traditionellen Bereichen auch neue und wiederentdeckte, wie der wachsende Naturtourismus, treten müssen, sowie auf den Ausbau sozialer Dienstleistungen im Sinne einer hohen Familienfreundlichkeit im ländlichen Raum bringt auch neue Berufsfelder mit sich, in denen besonders junge Männer eine berufliche Perspektive finden können. Hier ist eine gezielte und frühzeitige Ansprache männlicher Jugendlicher notwendig, um schon in der Schule Bildungsdefizite bei Jungen geschlechtssensibel abzubauen und frühzeitig Interesse für den Aufbau einer Existenz im ländlichen Raum bei Jungen und jungen</p>

DIE LINKE	<p>Männern herzustellen. Hier haben auch Agrar- und Forstbetriebe im Zusammenwirken mit den Kommunen eine Verantwortung. Darüber hinaus treten wir dafür ein, dass im ländlichen Raum Projekte entwickelt werden, die geraden Jungen und jungen Männern eine zweite Bildungschance verbunden mit beruflichen Perspektiven eröffnen. Die bestehenden Programme im Übergangssystem Schule und Beruf müssen hinsichtlich ihrer Praktikabilität und Wirksamkeit in ländlichen Räumen überprüft und ggf. nachjustiert werden.</p>
FDP	<p>Die Freien Demokraten haben sich immer für den Erhalt öffentlicher Infrastrukturen im ländlichen Raum eingesetzt. Wir wehren uns gegen die Zentralisierung etwa von Bildungseinrichtungen, wie sie SPD und CDU in unserem Land seit Jahren betreiben. Schulen spielen gerade in kleinen Städten und Dörfern eine Rolle, die weit über die Vermittlung von Bildung hinausgeht. Mit den Kommunalverwaltungen</p> <p>und den Schulen verschwinden in vielen Dörfern auch die Feuerwehr, die Vereine und zum Schluss vor allem junge Menschen. Jungen und Mädchen im ländlichen Raum benötigen Strukturen, die ihnen ermöglichen, ihre Potentiale zu erkennen und zu entfalten. Periphere ländliche Regionen und die Situation der darin lebenden Jugendlichen sollten in der örtlichen Jugendhilfeplanung besondere Beachtung finden.</p>
SPD	<p>Wie in Frage 5 schon erwähnt, ist die Unterstützung von Vereinen, Verbänden und Projekten wie "ProMann", welche ihre Arbeit mit Jungen und Männern auch im ländlichen Raum anbieten, wichtig. Neben den allgemeinen Finanzmitteln stellt das Land den Kommunen zusätzlich ca. 7,4 Mio. Euro für Fachkräfte und Maßnahmen der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des Jugendschutzes zur Verfügung.</p> <p>Der Demografische Wandel stellt alle gesellschaftlichen Akteure vor große Herausforderungen. Die Kinder- und Jugendhilfe als wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge ist dabei für uns ein Schlüsselement zur Gestaltung positiver Lebensbedingungen junger Menschen. Wir halten daher insbesondere an der strukturellen Förderung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes fest (ehemals Fachkräfteprogramm und Jugendpauschale), die nun auch auf das Betreiben unserer Partei im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KJHG LSA) verankert ist. Ebenso die lokale Verankerung und Ausweitung von Schulsozialarbeit und die Netzwerkstellen „Schulerfolg sichern“ sind für uns kontinuierliche Instrumente, um junge Menschen und ihre Entwicklung und ihre Bildungs- und Arbeitsbiografie geschlechtersensibel zu fördern. Die Übergänge von Schule über Ausbildung bis in das Berufsleben von allen jungen Menschen, besonders im ländlichen Raum, sollen weiterhin durch die Programme „Berufsauswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren“ (BRAFO), „Selbstfindung–Training–Anleitung–Betreuung–Initiative–Lernen“ (STABIL) und „Regionales Übergangsmanagement“ (RÜMSA) unterstützt werden. Eine geschlechtersensible Ausrichtung der bestehenden Angebote und Strukturen und das Vorhalten von dezidierten lokalen Angeboten der Jungenarbeit muss daher auch vor Ort im Rahmen der Jugendhilfeplanung überprüft werden. Ein Instrument für uns auf Landesebene, welches sich in der Diskussion befindet, ist die Bewertung der verpflichtend beim Land</p>

SPD	<p>einreichenden kommunalen Jugendhilfeplanung, um Landesgelder über das KJHG LSA zu bekommen. In diesen muss ersichtlich sein, welche Landkreise welche Maßnahmen, Angebote und konzeptionellen Schwerpunkte setzen und ob die gesetzlichen Vorgaben des KJHG §§11-14 eingehalten werden. Ebenso wird relevant sein, inwiefern Aussagen zur Umsetzung von geschlechtersensiblen/spezifischen Angeboten getroffen werden.</p> <p>Für uns ist es daher wichtig, im Landesjugendhilfeausschuss die Diskussion mit den freien Trägern zu führen, um das jugendhilfepolitische Querschnittsthema Geschlechtergerechtigkeit und entsprechende zielgruppenspezifische Angebotsformen, im Rahmen von Empfehlungen für die Kommunen umzusetzen.</p>
-----	---

7. Im Rahmen der aktuellen Studie des KgKJH „unsicher.klar.selbstbestimmt – Wege von Trans*Kindern, *Jugendlichen und jungen *Erwachsenen in Sachsen-Anhalt“¹¹ wurde deutlich, dass es in unserem Bundesland einen großen momentan nicht abgedeckten Beratungsbedarf zum Thema Geschlechtervielfalt/Trans* gibt. Um alle Aspekte eines selbstbestimmten Lebens aufzeigen zu können, bedarf es räumlich und inhaltlich niedrigschwelliger unterstützender Beratungs- sowie Qualifizierungsstrukturen. Dieser Handlungsbedarf wird u.a. durch die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage zur sozialen Lage „Transsexueller, Intersexueller und Transgender“ deutlich, in der Sachsen-Anhalt im Kontext von Beratungsstellen nicht genannt wird.¹²

Welche Schritte unternimmt Ihre Partei, um die Lebenssituation von Trans*Kindern, *Jugendlichen und *Erwachsenen im Bundesland strukturell und angebotsseitig zu verbessern? Welche weiteren Rahmenbedingungen sind aus Ihrer Sicht für das Erreichen dieses Ziels notwendig?

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Zu 7. und 8.) Mit unserem Antrag „Implementierung und Umsetzung des Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ forderten wir gemeinsam mit der Fraktion Die Linke die Landesregierung auf, auf Grundlage des vom Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches Sachsen-Anhalt (LSpRT) erarbeiteten „Gesamtgesellschaftlicher Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTI und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ ein sich auf alle Fachpolitiken des Landes beziehendes rahmengebendes Aktionsprogramm für Sachsen-Anhalt zu erarbeiten. Dieses soll Grundlage für eigenständige Aktionsprogramme in den Gemeinden, Städten und Landkreisen bilden. Aufgrund dieses Antrages wird die Landesregierung nun ein rahmengebendes Aktionsprogramm für Sachsen-Anhalt erarbeiten, in dem die Handlungsfelder „Bildung und Aufklärung“, „Öffentlicher Dialog“, „Bekämpfung von Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierter Kriminalität“ sowie „Gesetzliche Grundlagen“ vorrangig bearbeitet werden. Die Erarbeitung des Programms und die Ableitung von Zielen erfolgt unter Einbeziehung und Analyse vorhandener Daten sowie in einem dialogorientierten Verfahren der maßgeblichen Akteurinnen und Akteure. Wir setzen uns dafür ein, den von uns initiierten Aktionsplan gegen Homophobie zeitnah zu erarbeiten und mit Leben zu erfüllen. Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle abzubauen und die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen Identitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern und Transphobie zu bekämpfen. Zudem müssen die Verbände und Selbsthilfe-Organisationen, die sich um die Belange von LSBTI kümmern, mit entsprechenden Landesmitteln ausgestattet werden. Schließlich treten wir dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Sachsen-anhaltische Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln und wertneutral behandeln. Jugendliche sollen ihre Sexualität</p>
----------------------------------	--

¹¹ Schumann, Kerstin/Linde-Kleiner, Judith (KgKJH Sachsen-Anhalt e.V./Hrsg.): unsicher.klar.selbstbestimmt - Wege von Trans*Kindern, *Jugendlichen und jungen *Erwachsenen in Sachsen-Anhalt, 2014

¹² Deutscher Bundestag (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Zwischen Geschlecht – zur sozialen Lage Transsexueller, Intersexueller und Transgender, Drucksache 18/2482, Berlin

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>vorurteilsfrei und selbstbestimmt finden können. Wir werden alles unternehmen, damit Jugendlichen ein Coming-out möglich wird, ohne körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Für die Landesverwaltungen müssen Diversity-Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden.</p>
<p>CDU</p>	<p>Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit, die vorhandenen Beratungsangebote für lesbische, Schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Menschen, die das Land jährlich fördert, in Anspruch zu nehmen. Dazu zählt auch ein vom LSVD initiiertes Jugendprojekt.</p> <p>Wir weisen jedoch darauf hin, dass der Abbau fehlender Wertschätzung und der Diskriminierung von Jugendlichen mit bestimmter sexueller und/oder geschlechtlicher Identität ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist, weshalb diese Problematik an andere Jugendprojekte integriert und keiner sektoralen Lösung zugeführt werden sollte.</p>
<p>DIE LINKE</p>	<p>Die LINKE in Sachsen-Anhalt ist eine verlässliche Partnerin im Engagement für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI). Wir werden auch weiterhin für die vollständige rechtliche und soziale Gleichstellung von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen durch eine breit angelegte Sensibilisierungs- und Akzeptanzpolitik eintreten. Wir werden entschieden gegen Diskriminierungen und Benachteiligungen vorgehen. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, unabhängig von seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität respektiert und anerkannt zu werden.</p> <p>Vor diesem Hintergrund bedarf es der Umsetzung konkreter Maßnahmen, um die Lebenssituation von transgeschlechtlichen Menschen nachhaltig zu verbessern. Hierzu sind räumlich und inhaltlich niedrigschwellige unterstützende Beratungs- sowie Qualifizierungsstrukturen erforderlich. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt sich für den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau des Netzes der Einrichtungen und Beratungsstellen, wo Lesben und Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle Rat und Unterstützung finden, ein.</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird auch weiterhin für auskömmliche und kontinuierliche öffentliche Mittel für Projekte, Einrichtungen, Beratungsstellen und Organisationen zur Beratung und Unterstützung von LSBTI sowie für die Beschäftigten, die in den Bereichen zur Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Bildung tätig sind, eintreten.</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird sich ferner dafür einsetzen, dass die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen - wie in Kindertagesstätten, Schulen und Familien- und Jugendeinrichtungen - sowie von Beratungsstellen weiter ausgebaut und unterstützt wird. Lehrkräfte sollen an Schulen im Rahmen der Lehrkräftefortbildung wie auch bereits im Studium und im Vorbereitungsdienst für LSBTI sensibilisiert werden.</p> <p>Die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen wegen einvernehmlicher</p>

DIE LINKE	<p>homosexueller Handlungen nach 1945 ist in Sachsen-Anhalt bis heute nicht aufgearbeitet. Die Opfer sind bis heute nicht rehabilitiert bzw. für erfahrenes Unrecht entschädigt worden.</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird sich für die historische Aufarbeitung insbesondere für das Territorium des heutigen Sachsen-Anhalts einsetzen. Es müssen in diesem Zusammenhang Fakten gebündelt sowie Politik und Gesellschaft für das Thema sensibilisiert werden. Über die Analyse hinaus müssen Schlussfolgerungen und Konsequenzen gezogen werden, welche Schritte für eine umfassende Rehabilitation und Entschädigung der Opfer notwendig und unverzüglich einzuleiten sind.</p> <p>Auf der Grundlage und bei analoger Anwendung einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2012, nach der auch Homosexuelle eine „soziale Gruppe“ im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention darstellen, der es nicht zuzumuten ist, ihre Identität geheim zu halten, um einer Verfolgung zu entgehen, setzt sich DIE LINKE in Sachsen-Anhalt auch dafür ein, dass die Verfolgten Anspruch auf Asyl haben. Ausschlaggebend dabei ist, dass eine strafrechtliche Verfolgung im Heimatland ein freies Ausleben dieses bedeutsamen Merkmals der Identität eines Menschen verhindern würde. Es muss rechtsstaatlich gesichert werden, dass Lesben und Schwule nicht mehr in Länder abgeschoben werden können, in denen sie wegen ihrer Homosexualität mit Haft, Folter und Tod bedroht werden. Sie müssen als Flüchtlinge in Deutschland einen niedrigschwelligen Zugang zu Beratungsangeboten haben.</p>
FDP	<p>Der Personenkreis ist nicht so groß, dass es eines eigenen dezentralen Beratungsnetzes bedarf. Umso wichtiger ist es, Personal im Bildungsbereich und im Bereich der Sozialberatung so zu qualifizieren, dass eine Erstberatung und ggf. die Vermittlung an fachlich qualifizierte Beratungsstellen möglich ist, die in den Oberzentren des Landes vorgehalten werden sollte. Dazu ist ein Netzwerk im Land erforderlich, das den Informationsfluss und eine kontinuierliche Weiterbildung ermöglicht. Eine wichtige Voraussetzung dafür sehen die Freien Demokraten in der zügigen Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans LSBTI.</p>
SPD	<p>Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) wurde vom Europarat ins Leben gerufen. Sie ist ein unabhängiges Gremium, das über die Einhaltung der Menschenrechte wacht, wenn es um Fragen von Rassismus und Intoleranz geht. Eine der Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz ist die Entwicklung eines Aktionsplanes oder ein umfassendes Programm zur Förderung der Toleranz gegenüber LGBTI Personen und zur Bekämpfung von Homophobie und Transphobie.</p> <p>Die SPD hat die Erarbeitung eines Landesaktionsprogramms für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) unterstützt. Dieses soll auf der Grundlage des Aktionsplanes des Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches Sachsen-Anhalt (LSpRT) entstehen. Ziel dieses Aktionsplanes ist es unter anderem, die Sensibilität für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen zu stärken und Opfern von Diskriminierung die Solidarität der Gesellschaft zu vermitteln. Es soll ebenso</p>

SPD	zivilgesellschaftliches Engagement für die Vielfalt sexueller Identität gestärkt werden mit dem Ziel, die Zivilcourage bei Diskriminierungen von LSBTI zu erhöhen.
-----	--

8. Der Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) über Deutschland vom Februar 2014 stellt eine erhebliche Diskriminierung von homosexuellen sowie transidenten Menschen fest. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass es besonders an Schulen „ein hohes Maß an Homo-/Transphobie“¹³ gibt. Dies führt dazu, dass Jugendliche ihre sexuelle Orientierung verbergen und in der Folge psychischen Belastungen ausgesetzt sind.

Mit welchen Strategien wird Ihre Partei die Toleranz gegenüber den Geschlechtervielfalten und sexuellen Orientierungen erhöhen und die Bekämpfung von Diskriminierung in diesem Kontext vorantreiben?

Bündnis90/ Die Grünen	Siehe Frage 7
CDU	<p>Auf Beschluss des Landtages wird derzeit ein „Gesamtgesellschaftlicher Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ erarbeitet. Der Aktionsplan ist ein sich auf alle Fachpolitiken des Landes beziehendes rahmengebendes Aktionsprogramm. Zunächst sind hierbei bestehende Defizite zu identifizieren und Ziele zu entwickeln, die zu einer tatsächlichen Gleichberechtigung unabhängig von der sexuellen Orientierung führen. Neben der Bildung und der Aufklärung ist hierbei auch als Handlungsfeld die Bekämpfung von Diskriminierung, Gewalt und vorurteils-motivierter Kriminalität in den Blick zu nehmen. Das Aktionsprogramm wird derzeit nach Maßgabe des vom Landtag festgelegten Zeitplans erarbeitet.</p> <p>Daneben verweisen wir auf den bestehenden gesetzlichen Rahmen zur Antidiskriminierung (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, die Ausführungen zu dem Gesetz zum Abbau von Benachteiligungen von Lesben und Schwulen und die landesrechtlichen Anpassungs-gesetze), der sich aus unserer Sicht bewährt hat, und die bestehende Landesförderung von Projekten zur Nichtdiskriminierung/Beratung/Aufklärung im Bereich der Sozialarbeit für nicht-heterosexuelle Personen. Das Land Sachsen-Anhalt schafft rechtliche Rahmenbedingungen und unterstützt Projekte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.</p> <p>Weitergehend weisen wir darauf hin, dass insbesondere die Schulen gehalten sind, „den Schülerinnen und Schülern Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen zu vermitteln, welche die Gleichachtung und Gleichberechtigung der Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Abstammung, Rasse, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Identität, ihrer Sprache, ihrer Heimat und Herkunft, ihrer religiösen oder politischen Anschauung fördern und über Möglichkeiten des Abbaus von Diskriminierungen und Benachteiligungen aufzuklären“ (§ 1 Abs. 2 Nr. 6 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt). Daher streben wir insbesondere im Schulbereich eine stärkere Unterstützung für bildungsbezogene Projekte und Angebote, ggf. auch durch Gewährung von Zuwendungen, an. Hierdurch können Maßnahmen gegen</p>

¹³ Vgl. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Europarat_Dokumente/ECRI_Bericht_Deutschland_5_2014_de.pdf, S. 10

CDU	<p>Diskriminierung, zur Selbstbestimmung sowie für ein Klima der Wertschätzung und Anerkennung gefördert werden, was auch nicht – heterosexuelle Lebensweisen von Jugendlichen umfasst.</p>
DIE LINKE	<p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt. Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund der geschlechtlichen Identität sind in keinem Fall akzeptabel und hinnehmbar, sie werden von uns nicht geduldet.</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, einen umfassenden Prozess der Auseinandersetzung um Homophobie und Transphobie in der Gesellschaft zu initiieren, um einen positiven Wandel hin zu Akzeptanz und Respekt vor sexueller Vielfalt zu erwirken. Das ist aus unserer Sicht der einzig richtige Weg zu einer von Vielfalt geprägten solidarischen und toleranten Gesellschaft.</p> <p>Wir treten auch künftig für die Umsetzung und Implementierung des Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplanes für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt ein. Dieser Aktionsplan beinhaltet drei Handlungsfelder: Bildung und Aufklärung, den öffentlichen Dialog und die Bekämpfung von Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierter Kriminalität.</p> <p>Auf der Grundlage entsprechender gesetzlicher Regelungen und der dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen müssen in den Bereichen Bildung und Aufklärung Voraussetzungen geschaffen werden, um die Akzeptanz für eine Gleichberechtigung unabhängig von der sexuellen Identität zu realisieren und um Diskriminierung, alltägliche Gewalt und einer vorurteilsmotivierten Kriminalität vorzubeugen.</p> <p>Schulen sind wichtige Orte, um gesellschaftliche Vielfalt und individuelle Wertschätzung aktiv zu lernen und zu leben. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, dass Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit an den Schulen stärker gefördert und dass Bildungsangebote zu den Themen der sexuellen Identität und geschlechtlichen Vielfalt in den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien verankert und umgesetzt werden. Wir wollen erreichen, dass sich alle Kinder und Jugendliche an Schulen wohl und wertgeschätzt fühlen, dass sie ein positives und akzeptierendes Selbstbild entwickeln und sich gegen Diskriminierungen behaupten können. Originärer Bestandteil des Bildungsauftrages muss deshalb sein, dass die Schulen über die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten sachlich und angemessen informieren.</p> <p>Selbstorganisierte Strukturen, Beratungs- und Unterstützungsangebote sollten grundsätzlich flächendeckend und bedarfsgerecht gestärkt und gefördert werden.</p> <p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt fordert zudem die Ergänzung des Artikels 7 „Gleichheit vor dem Gesetz“ der Landesverfassung Sachsen-Anhalt um das Merkmal der „sexuellen Identität“.</p>

DIE LINKE	Schließlich werden wir auch künftig auf Bundesebene die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einfordern.
FDP	<p>Liberale Politik setzt sich immer dafür ein, dass alle Lebensentwürfe als gleichwertig akzeptiert werden. Dabei ist uns sehr bewusst, dass Haltungen und Einstellungen, die nicht Mainstream sind, immer mit der Gefahr der Diskriminierung leben. Dies ändert sich auch nicht dadurch, dass die Toleranz gegenüber einzelnen Minderheiten zum Mainstream erhoben wird.</p> <p>Wir müssen in der Bildung vermitteln und in Politik und Gesellschaft vorleben, dass jeder Mensch* das Recht hat, seinen Lebensentwurf zu leben, solange dieser andere nicht beeinträchtigt. Dies bezieht sich auf die sexuelle Orientierung ebenso wie etwa auf religiöse Vorstellungen.</p>
SPD	<p>Die SPD wird auch weiterhin die Weiterführung des Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie begleiten und die Umsetzung befördern. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in der aktuellen Wahlperiode für die Aufstockung der finanziellen Mittel für Projekte, die der Beratung von LSBTI dienen oder die, in den Bereichen Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Bildung zur Vielfalt der Lebensweisen lesbischer, schwuler, bi-, trans- und intersexueller Menschen tätig sind, eingesetzt.</p> <p>Homophobie ist an deutschen Schulen noch immer weit verbreitet. Die Mehrzahl der Bildungseinrichtungen in Deutschland tut sich im Umgang mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen noch immer schwer. Dabei reproduzieren Lehrkräfte homophobe Einstellungen zum Teil selbst. Alle relevanten Studien zur Lebenssituation von homo- und bisexuellen Jugendlichen belegen eine erhöhte psychische und soziale Belastung aufgrund des häufig diskriminierenden Umfelds. Die Studien zeigen, dass lesbische und schwule Jugendliche unter der Negativ-Wahrnehmung oder Nicht-Wahrnehmung ihrer sexuellen Orientierung leiden und teilweise destruktive Bewältigungsstrategien wählen, um ihre innere Zerrissenheit und Unzufriedenheit aushalten zu können. So liegt die Rate von Selbstmordversuchen bei homosexuellen Jugendlichen etwa viermal so hoch wie bei heterosexuellen Jugendlichen. Daher hat das SPD-geführte Kultusministerium im April 2015 einen neuen Runderlass zur Sexualerziehung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen veröffentlicht, der die freie Entfaltung jedes Lebensentwurfs, Toleranz und Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und sexuellen Interessen nun zum Bestandteil macht. Die Vielfalt geschlechtlich-sexueller Identitäten soll fortan altersgerecht in verschiedenen Unterrichtsfächern behandelt werden, um Diskriminierungen vorzubeugen und abzubauen sowie Akzeptanz zu fördern. Ebenso wurde die Zusammenarbeit mit externen Beratungsstellen und ExpertInnen eingeführt. Der Runderlass bietet eine gute Grundlage für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in diesem Bereich.</p>

9. Die Lebenslagen von Mädchen und Jungen sind unterschiedlich. SGB VIII, §9/3 sagt: „Bei der Ausgestaltung von Leistungen und der Erfüllung von Aufgaben sind ... 3. die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern.“ (SGB VIII, § 9/3) Eine zwingende Voraussetzung für einen solchen Jugendhilfeansatz in Sachsen-Anhalt ist das Entwickeln eines pädagogischen Selbstverständnisses für eine flächendeckende geschlechtergerechte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Dazu gehören unter anderem Jungenarbeitsprojekte und Angebote der Mädchenarbeit.

Mit welchen Maßnahmen unterstützt Ihre Partei den Ausbau der geschlechtergerechten Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere die Stärkung der Jungen*- und Mädchen*arbeit?

<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Zu 9. und 10.) Mit unserem Anliegen, eine eigenständige Jugendpolitik im Land durch ein jugendpolitisches Programm der Landesregierung zu untersetzen, wird auch das Anliegen aufgegriffen, eine ressortübergreifende Arbeit im Bereich der Jungen- und Mädchenarbeit zu verwirklichen. Die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik im Land setzt allgemein auf ein Verständnis von Jugendpolitik einerseits als ressortübergreifendes Anliegen und andererseits auf einen „Politikstil“ der Jugendpolitik von Jugendlichen für Jugendliche anstrebt. Wir setzen uns dafür ein, dass Träger sachgerecht ausgestattet, ihre MitarbeiterInnen tarifgerecht bezahlt werden, insbesondere auch das KgKJH.</p>
<p>CDU</p>	<p>In verschiedenen Gesetzen ist die Verpflichtung zur geschlechtergerechten Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe verankert. Diese gilt es zunächst schlicht und einfach umzusetzen. Dort, wo dieser Verpflichtung noch nicht oder nur zögernd gefolgt wird, muss ihr durch die Entwicklung und Formulierung von Leitlinien auf Landesebene für eine geschlechtergerechte Jungen- und Mädchenpolitik noch stärker als bisher Geltung verschafft werden.</p> <p>Eine entsprechende Jugendhilfeplanung ist für uns wesentliche Voraussetzung, um am Bedarf orientierte geschlechtergerechte Konzepte in der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln und zu implementieren. Dazu braucht es Sozialdaten, die als Basis der Jugendhilfeplanung Informationen zu Teilhabemöglichkeiten von Mädchen und Jungen beinhalten sowie Aussagen zu Formen der Benachteiligung beider Geschlechter treffen. Neben der Verwaltung des Jugendamtes und der fachlichen Expertise von Hochschulen und dem Kompetenzzentrum sehen wir an dieser Stelle auch die kommunalen Jugendhilfeausschüsse gefordert.</p> <p>Die kommunalen Jugendhilfeausschüsse müssen in ihrer Funktion dafür Sorge tragen, dass durch die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt die Gleichstellung von Mädchen und Jungen gefördert wird. Ihnen fiel somit die Aufgabe zu, wiederum regionale Handlungsempfehlungen zur Umsetzung dieser Leitlinien zu entwickeln. Freie Träger, Verbände und Jugendbildungsstätten können diese Leitlinien nutzen, um die</p>

CDU	<p>bestehenden Angebote zu überprüfen und neue, träger- und verbandsspezifische geschlechtergerechte Arbeitsansätze zu entwickeln. Dazu braucht es immer der Konzeptionierung und Durchführung spezifischer Beratungs- und Schulungsangebote auf Landes-, Kreis- und Ortsebene, die auch der Qualifikation der ehrenamtlichen Jugendleiter(innen) zur Verfügung stehen sollten. Der Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern bekommt dabei eine besondere Bedeutung zu.</p> <p>Darüber hinaus halten wir die Verankerung von Positionen geschlechtergerechter Arbeit innerhalb von Förderanträgen, Konzepten, Sachberichten und letztlich auch in Zuwendungs-/ Leistungsvereinbarungen für ein geeignetes Mittel.</p>
DIE LINKE	<p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt teilt das in § 9 Absatz 3 SGB VIII geforderte Selbstverständnis der Kinder- und Jugendhilfe. Dazu bedarf es seitens des Landes als überörtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe zunächst der Unterstützung und Beratung der Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger. Ein enger Dialog zwischen den Jugendämtern und dem Land, auch insbesondere was Fragen der geschlechtergerechten Jugendhilfe anbelangt, ist unerlässlich. Auch der Fortbildungskatalog des Landesjugendamtes muss entsprechende Angebote enthalten, sollte dies nicht oder in nicht ausreichendem Maße der Fall sein, wird sich DIE LINKE in Sachsen-Anhalt für eine Veränderung einsetzen. Letztlich aber setzen die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung diese Ziele in eigener Verantwortung um. Was die Maßnahmen in direkter Landeszuständigkeit anbelangt, ist mit der vor Jahren erfolgten Umstrukturierung der ehemaligen Landesstelle Mädchenarbeit in das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe ein Schritt in die richtige Richtung getan worden. Leider ist es nach vielen erfolglosen Versuchen erst jetzt möglich gewesen, beim Kompetenzzentrum eine Stelle für Jungenarbeit anzusiedeln. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, Jungen- und Mädchenarbeit auf Landesebene zukunftsfähig zu gestalten und die Jungenarbeitsstelle in die institutionelle Förderung des Kompetenzzentrums aufzunehmen.</p>
FDP	<p>Die geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe bedarf auch in der Zukunft kontinuierlicher Strukturen. Mit dem KgKJH hat das Land eine effizient arbeitende Basis geschaffen, die es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt.</p>
SPD	<p>Neben den benannten Diskussionen und Instrumenten, die die kommunale Ebene betreffen, hält die SPD Sachsen-Anhalt weiterhin an den bisherigen Strukturen, unter anderem der außerschulischen Jugendbildung und der Förderung des Kompetenzzentrums geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V., fest. In der SPD wird ebenfalls diskutiert, wie eine Jugendhilfeplanung auf Landesebene gestärkt werden kann, um inhaltliche Diskussionen und strukturelle, maßnahmenbezogene Planungsprozesse zu ermöglichen. Dies ist für uns die Grundvoraussetzung, um fachlich wie auch auf Basis der gesetzlichen Vorgaben Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln.</p>

SPD	<p>Jungen- und Mädchenarbeit als Angebotsformen sowie der Ausbau des pädagogischen Verständnisses für geschlechtersensible Bildungsarbeit muss, neben vielen anderen Themenkomplexen, daher ein wesentlicher Teil der Fach- und Finanzdiskussionen der kommenden Legislaturperiode werden. Hierbei stellt für uns der Ausbau der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Schule ein weiteres Instrument dar.</p> <p>Um diese vielschichtigen Prozesse diskutieren zu können, möchte die SPD den Kinder- und Jugendbericht des Landes Sachsen-Anhalts weiterentwickeln, um auf Grundlage verbesserter Informationen über die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in unserem Land entsprechend jugendhilfepolitisch reagieren zu können.</p>
-----	---

10. Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. ist die einzige landesweit wirkende Fachstelle für Genderkompetenz und Geschlechtervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt. Gleichstellungspolitik erfolgt in der Lebensverlaufsperspektive. Wichtig ist deshalb ein systemisches Wirken, das nicht nur einzelne Lebensbereiche von Mädchen* und Jungen* betrachtet, sondern ressortübergreifend wirkt. Die Landesförderung lässt zurzeit ein ressortübergreifendes Wirken des KgKJH nicht zu.

Welche Möglichkeiten der Stärkung und des Ausbaus des Arbeitsbereiches hin zu einer ressortübergreifenden Fachstellenarbeit sieht Ihre Partei?

Bündnis90/ Die Grünen	Siehe Frage 9
CDU	<p>Die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, der Abbau von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen und das Wirken für Gleichberechtigung der Geschlechter sind Zweck, Ziel und Aufgabe des Kompetenzzentrums. Diesem Auftrag nachzukommen, Position zu beziehen und dem Anliegen der Geschlechter-gerechtigkeit bei Kindern und Jugendlichen Gehör zu verschaffen, hat aus unserer Sicht zum einen mit Ressortgrenzen einer finanziellen Landesförderung nichts zu tun. Zum anderen gilt es im Blick zu halten, wer die Verantwortung für das Schaffen gleichwertiger Lebensverhältnisse trägt. Diese Aufgabe fällt dem Staat und damit der öffentlichen Hand zu. In diesem Sinne gilt es, in der Landesregierung sowie den Kommunen den Auftrag für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit wachzuhalten. Dies immer wieder anzustoßen und anzumahnen ist aus unserer Sicht ein wesentlicher Auftrag auch des Kompetenzzentrums.</p> <p>Auch ist es eine Frage, ob die Verortung der Federführung für die Geschlechtergerechtigkeit beim Ministerium der Justiz die einzig logische ist. Die Gleichstellung der Menschen in ihren verschiedensten Lebenslagen hat unbestritten eine große rechtliche Dimension. Sie ist aber auch eine Frage sozialer und gesellschaftlicher Natur.</p> <p>Das Kompetenzzentrum ist aus unserer Sicht ein wichtiger Akteur, der bereits über eine hervorragende Vernetzung verfügt. Dies gilt es aus unserer Sicht noch stärker zu verfolgen, ebenso das Bewusstsein der kommunalen Verantwortung.</p>
DIE LINKE	<p>DIE LINKE in Sachsen-Anhalt weiß, dass das Kompetenzzentrum als institutionell geförderter Träger in den sogenannten Prozess der Neustrukturierung der Beratungsstellenlandschaft intensiv involviert gewesen war. Im Rahmen der politischen Debatten innerhalb dieses Prozesses hat sich DIE LINKE in Sachsen-Anhalt stets für eine möglichst unbürokratische budgetierte Festbetragsfinanzierung eingesetzt, die mittels eines überjährigen Zuwendungsvertrages gewährt wird. Die Überjährigkeit sichert dem Träger Handlungsspielräume und gibt Planungssicherheit. Insbesondere die Festbetragsfinanzierung ermöglicht ressortübergreifendes Arbeiten, das im Sinne der Lebensverlaufsperspektive ein folgerichtiger Ansatz ist.</p>

FDP	<p>Es ist aus Sicht der Freien Demokraten erforderlich, den derzeit sehr engen ressortspezifischen Blick aufzuweiten. Die Festbetragsfinanzierung des Sozialministeriums würde es dem KgKJH ermöglichen, auch für andere Ressorts im Zuge von Projekten tätig zu werden, etwa im Bereich der Schule, aber auch dem Arbeitsmarkt. Die Gestaltung des Haushaltes über Eckwerte sorgt derzeit aber dafür, dass jedes Ressort sorgsam darauf achten muss, dass kein Euro für Zuständigkeiten eines anderen Ressorts aufgewendet wird.</p>
SPD	<p>Die Aufgabe „Implementierung und Umsetzung des Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen und Trans- und Intersexuellen und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ ist eine deutliche Erweiterung aller bisherigen Aktivitäten und Aufgaben. Erst Anfang des Jahres 2014 verständigte sich die Landesregierung darauf, den Aufgabenbereich, der sich zuvor auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften beschränkte, um die Belange von Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten zu erweitern. Das vom sozialdemokratisch geführten Ministerium für Justiz und Gleichstellung (MJ) zu erarbeitende Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTTI) für Sachsen- Anhalt ist ein erster Schritt, um die konkrete Lebenssituation von Trans*Kindern, *Jugendlichen und jungen *Erwachsenen zu analysieren, zielgerichtet für die defizitären Bereiche Maßnahmen zu entwickeln sowie eine Vernetzung mit den zuständigen Ministerien herzustellen. Ziel ist es, Sensibilität für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen zu erhöhen, Opfern von Diskriminierung die Unterstützung der Gesellschaft zu vermitteln sowie zivil-gesellschaftliches Engagement für die Vielfalt sexueller Identität zu stärken.</p> <p>Der gesamtgesellschaftliche Aktionsprogramm ist die Strategie für diesen Aufgabenbereich, die darauf ausgerichtet ist, mit einem zielorientierten ganzheitlichen Vorgehen und einer langfristigen Planung, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und aufzuzeigen, auf welche Art und Weise die Ziele zu erfüllen sind. Das Arbeitsprogramm ist aber auch ein Bekenntnis des Landes für die Vielfalt sexueller Identitäten und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund der geschlechtlichen Identität bzw. sexueller Orientierung. Das Programm soll alle Fachpolitiken abdecken und umfasst vorab einen Faktencheck zur Aufdeckung von Defiziten. Auf Basis dessen wird es eine Bestandsaufnahme geben, um konkrete Ziele und Maßnahmen ableiten zu können. Schwerpunkt des Programms bilden die vier Handlungsfelder Bildung und Aufklärung, öffentlicher Dialog, Bekämpfung von Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierter Kriminalität, gesetzliche Grundlagen. Die Ministerien sind aufgefordert, Ansprechpartner zu benennen, um die Kommunikation, Umsetzung von Maßnahmen und die Vernetzung der betreffenden Politikfelder zu ermöglichen. Weiterhin ist vorgesehen, bundesweit Kontakte mit den Ländern aufzubauen, die bereits ein solches Aktionsprogramm haben. Eine erste Kontaktaufnahme erfolgte bereits mit Rheinland-Pfalz. Das Aktionsprogramm soll in seiner Wirkung nicht nur auf die Landesverwaltung gerichtet sein, sondern auch auf die allgemeine Öffentlichkeit.</p>

SPD	Als einen wichtigen Punkt in diesem Kontext wird die Verbesserung der gesetzlichen Regelungen sowie der medizinischen Versorgung Transidenter Menschen sowie auch Inter*Menschen gesehen. Das Thema ist gesellschaftlich wichtig, wurde aber lange nicht hinreichend beachtet. Erst seit wenigen Jahren treten die Belange von Menschen mit verschiedenen sexuellen Ausrichtungen in die gesellschaftliche Öffentlichkeit, vor allem aber in das politische Handeln. Gesicherte Daten oder Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien gibt es kaum, so dass sich auch ein hohes Wissensdefizit durch die gesamte Gesellschaft zieht, die den Umgang mit den Problemlagen dieser Menschen noch zusätzlich erschwert.
-----	--

Magdeburg, 9. September 2015